0341 . 30 68 235

GAMMA

12/02
19.Juni 2002
117

newsflyer des antifa infotelefons leipzig

Antisemitismus

Hamburg, 11.6. Bei einem von der FDP veranstalteten „Forum Innere Sicherheit" mit u.a. Möllemann kam es zu einem Polizeieinsatz gegen ca. 100 SprechchorruferInnen, die gegen die kürzlichen Äußerungen Möllemanns protestierten. Im Nebenraum fand gerade ein Treffen des Auschwitz- Komitees der BRD e.V. mit ca 20 TeilnehmerInnen statt, die das Geschehen beobachteten und deshalb von der Polizei bedrängt und bedroht wurden (taz 13.6.).

Frankfurt/M. Nach einer Studie von Sigmund-Freud-Institut und Universität Leipzig haben antisemitische Einstellungen in Deutschland im Vergleich zu 1999 stark zugenommen. Vor drei Jahren noch 14, sind es heute 20%, die finden, die Juden seien schuld an den Weltproblemen. Auch der Spruch „Deutschland den Deutschen" ist zunehmend beliebter, und auch antiamerikanische und antiarabische Einstellungen sind stark vorhanden. Rückgängig ist lediglich die Angst vor Ausländern – und natürlich die Ablehnung o.g. antisemitischer Aussagen (Unverständnis gegenüber Menschen, die „Juden unangenehm" finden: 30 statt 56%) Nähere Infos: FR, 15.6.02

Moskau. Unbekannte haben ein Plakat mit dem Spruch „Tod den Juden" mit einer Sprengfalle versehen und an einer Straße aufgehängt. Als eine Frau das Plakat abriß, zog sie sich durch die Bombe schwere Verletzungen zu.

Frankfurt/M. Der FDP-Fraktionsvorsitzende im Frankfurter Rathaus, Volker Stein, behauptete, Möllemann drücke nur aus, was 90% aller Deutschen denken würden. Außerdem forderte er in Bezug auf Michel Friedman, man solle einen Schweinehund doch einen Schweinehund nennen dürfen, auch wenn er jüdischen Glaubens sei, sonst wäre das der erste Schritt zum Antisemitismus.

New York. Nach einer Studie der Anti-Defamation League nimmt der Antisemitismus auch in den USA zu. Im Gegensatz zu 1998 äußerten heute 17 statt 12% der Befragten antisemitische Einstellungen. Besonders verbreitet sind sie unter schwarzen und spanischsprechenden EinwohnerInnen.

Deutsche Flüchtlingspolitik

Abschiebehaft und Abschiebung von Rumänen lediglich aufgrund von Staatenlosigkeit, darunter ein ca. 6 Wochen altes Kind mit seiner Mutter.

Naziübergriffe

Dortmund, 14.6. Eine Gruppe Nazis machte Jagd auf zwei Ausländer und schlug auf sie ein. Die beiden erlitten leichte Verletzungen, zwei der Nazis wurden in Gewahrsam genommen.

Dieburg, 8.6. Ein Theaterstück einer Schule zum Thema Rassismus und Neonazis mußte ausfallen, weil es eine Bombendrohung gegeben hatte.

Naziaktivitäten und Gegenaction

Karlsruhe, 15.6. An einem Solidaritätsaufmarsch für den Nazi-Klampfer Rennicke nahmen etwa 350 Faschos teil. 500 Menschen demonstrierten dagegen, ein Aufgebot von 1.100 Polizisten verhinderte ein Vordringen der Antifas zu den Nazis. Die Stadtverwaltung hatte im Vorfeld dem DGB eine Gegenkundgebung auf dem Markt untersagt, was ein Gericht wieder aufgehoben hatte. Dort fanden sich einige hundert Menschen ein.

Leipzig, 8.6. Rund 2.000 Nazis nahmen am NPD-Aufmarsch gegen die in Leipzig gastierende Ausstellung übr die Verbechen der Wehrmacht teil, etwa 500 marschierten mit Worchs Kameradschaftsstrukturen. In beiden Fällen konnten die Nazis ihre mit den Behörden ausgehandelten Ersatzrouten laufen. Ca. 4.000 PolizistInnen, ausgestattet mit einem knappen Dutzend Wasserwerfern und Räumpanzern, waren zum Schutz der Nazis aufgeboten, hatten jedoch nicht viel zu tun. 500 Menschen nahmen an einer Demo von DGB, SPD und Stadt teil, die in Sichtweite der NPD-Route beendet wurde, das Demo-Bündnis veranstaltete anschließend eine Diskussionsveranstaltung in der Alten Messe, und insgesamt waren kaum mehr als 200 Antifas unterwegs. Die Polizei erteilte Platzverweise und nahm etwa 50 Leute in Gewahrsam.

Wie üblich beharkten sich nach den Veranstaltungen NPD und Kameradschaften (in Person von Steffen Hupka) gegenseitig aufs wütendste, indem sie sich vorwarfen, jeweils die nationale Bewegung zu spalten.

Zella-Mehlis, 8./9.6. Jeweils 3 Jugendliche der rechten und linken Szene hatten eine körperliche Auseinandersetzung. Im Internet-Forum der Stadt stand danach zu lesen: „Ihr wollt den totalen Krieg - jetzt bekommt ihr ihn auch!", verbunden mit Drohungen gegen namentlich aufgeführte Personen der linken Szene

Plakat legal

Berlin. Das schon relativ alte Anti-Bundeswehr-Plakat (8 Jahre) "Ja, morden" beinhaltet keine Straftat. Das entschied das Kammergericht Berlin. Also los gehts!

Möllemann und Nazis

Düsseldorf. Torsten Lemmer, Ex-Geschäftsführer der Freien Wählergemeinschaft im Stadtrat und bis vor einem Jahr in der rechten Szene aktiv, Rock-Nord-Chef und Vertreiber von „Störkraft" sowie ehemaliges FDP-Mitglied, ließ sich die Gelegenheit des Besuchs Möllemanns in der Recklinghäuser Kneipe „Werkstatt 18" nicht nehmen, mit diesem zu plaudern und zu äußern, daß er evtl ab 2004 im Stadtrat sitzt, entweder „mit FDP-Ticket oder einer eigenen Partei."

Dresden. Möllemann nahm an einer Dampferfahrt der sächsischen FDP, die ihn und seinen Antisemitismus schon mehrfach lautstark in Schutz genommen hatte, teil. Ebenfalls mit im Boot saß Hans-Holger Malcomeß, der früher als Unterstützer der Nazi-Organisation „Wiking-Jugend" auftrat.

Protest gegen Antisemiten

Leipzig, 6.6. Im Novotel fand eine FDP-Veranstaltung statt. Möllemann hatte seine Teilnahme kurzfristig abgesagt. Ca. 50 Personen folgten dem BgR-Aufruf zur „kritischen Teilnahme". Es wurde ein Transparent mit der Aufschrift "Das Gerücht über den Juden ist die Wahrheit über den Antisemiten. Gegen deutsche Kollektivmythen!" im Saal entrollt. Die Veranstalter duldeten keinen Protest und zwangen die Protestierenden mit der Androhung polizeilicher Gewalt,

den Saal zu verlassen. Um Eskalationen zu vermeiden, wurde dieser Aufforderung gefolgt. Vor dem Hotel ging die Aktion mit einem Transparent "Stoppt die geistigen Brandstifter der FDP und ihre SympathisantInnen!" weiter.

Titanic und FDP

Die Satirezeitschrift *Titanic* hat sich auf dem Marktplatz von **Eisenach** mit Pappschildern postiert, auf denen für die FDP geworben wurde: „Deutsche wehrt Euch – Wählt FDP!" oder „Gib endlich Friedman! – Judenfrei und Spass dabei!". Sie ernteten Zustimmung von Passanten, der Kreisvorsitzende der Partei gesellte sich irgendwann dazu und schüttelte den Redakteuren anerkennend die Hand. Hinterher waren er und die thüringer Liberalen schwer beleidigt.

CDU und Naziszene

Mehrere CDU-Mitglieder sind in rechtsextremistischen Organisationen aktiv. Das belegten Recherchen des ARD-Magazins PANORAMA. So ist etwa Dr. Albrecht **Jebens,** Vorstandsmitglied der "Gesellschaft für Freie Publizistik" (GFP). Diese Organisation ist selbst laut Verfassungsschutz-Bericht 2000 die "bedeutendste rechtsextremistische Kulturvereinigung". Durchgängiges Thema des Vereins sei u.a. die "Infragestellung der Vergasung von Millionen von Juden". Jebens ist auch regelmäßiger Teilnehmer und Referent bei Veranstaltungen, die auch von prominenten CDU-Politikern wie Jörg Schönbohm und Roland Koch besucht werden.
Das CDU-Mitglied Prof. Hans-Helmuth Knütter ist ebenfalls als Referent in der "Gesellschaft für Freie Publizistik" tätig. Dem ARD-Magazin PANORAMA liegt der Tonbandmitschnitt eines Vortrages vor, den das CDU-Mitglied vor NPD-Funktionären, gewaltbereiten Neonazis und Auschwitz-Leugnern hielt. Er fordert darin zu einer "Geldsammlung" auf, damit sich "jüngere Leute" an "Saalschlachten und Straßenkämpfen" zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele beteiligen. Weitere CDU-Mitglieder - darunter auch ein Bundestagsabgeordneter – die sich in rechtsradikalen Organisationen engagieren, seien der Redaktion bekannt. Der CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer will von alledem nichts wissen. Er sicherte allerdings zu, dass die CDU sich "nach Kenntnis der Fakten mit den Fällen beschäftigen werde".

Urteile gegen Nazis

Kempten. Das Landgericht hat Ex-Republikaner Hermann Josef Reichert im dritten Anlauf zu Geldstrafe verurteilt, weil er den Vizechef des Zentralrats der Juden, Friedman, beleidigt hat.
In der Berufung war der Rechtsextremist zunächst freigesprochen worden. Die Begriffe "Jude" und "Zigeuner" seien wertneutral, so hieß es, also könne auch das Wort "Zigeunerjude" nicht als Verletzung von Friedmans Persönlichkeitsrechten eingestuft werden. Das Urteil wurde weithin als Skandal gewertet. Paul Spiegel, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden, sprach von einem "Offenbarungseid" der deutschen Justiz. Bayerns Innenminister, Günther Beckstein (CSU), und Bundesjustizministerin Herta Deubler-Gmelin (SPD) äußerten heftige Kritik. Dann hob das Oberste Landesgericht München den Freispruch im Februar auf und verwies den Fall nach Kempten zurück. Dort kamen die Richter jetzt zu dem Schluss, dass der Begriff "Zigeunerjude" doch "ehrverletzend" sei und bestätigte die ursprünglich verhängte Strafe.
Dresden. Sechs Mitglieder der inzwischen verbotenen rechtsextremen "Skinheads Sächsische Schweiz" (SSS) müssen sich ab 5. August vor dem Landgericht verantworten. Ihnen wird die Bildung beziehungsweise Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Volksverhetzung, schwerer Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Nötigung sowie die Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorgeworfen. Ziel der SSS soll die "Säuberung" der Region Sächsische Schweiz von politisch links orientierten Personen, Drogenabhängigen und Ausländern gewesen sein, so das Gericht. Es wurden 27 Verhandlungstermine vor der Staatsschutzkammer des Landgerichtes angesetzt. Dem Prozess werden weitere folgen. Die Staatsanwaltschaft hatte nach dem Verbot der SSS Anklage gegen insgesamt 20 junge Männer erhoben.
Schwerin. Im Prozeß wegen der Pogrome des deutschen Mobs auf das Wohnheim in Rostock-Lichtenhagen vor zehn Jahren, 1992, wurden jetzt drei der 400 TäterInnen wegen Brandstiftung und versuchten Mordes zu Bewährungsstrafen von 12 bzw. 18 Monaten verurteilt. Selbst das ist der Verteidigung zu viel, sie verlangt Freispruch und ging in Berufung.
Thüringen. Laut VS-Bericht 2001 wurden 1313 politisch motivierte Rechts-Taten registriert, darunter 433 mit extremistischer Motivation. Die NPD habe statt 260 nur noch 180 Mitglieder, auch andere Organisationen hätten Einbußen erlitten. Einzig der Thüringer Heimatschutzbund (THS) hat Zulauf gewonnen. Ihm gehören 170 Personen an.
Frankfurt/M. Einen Schwarzen als "Nigger" zu bezeichnen, ist nach Ansicht des Arbeitsgerichts Frankfurt keine ausländerfeindliche Beleidigung. Dies geht aus einem Urteil hervor, mit dem das Gericht der Kündigungsschutzklage eines wegen rassistischer Äußerungen gekündigten Mitarbeiters der Werkstatt Frankfurt stattgab. Der Mann ist beim Ordnungsamt als Präventionshelfer angestellt. Das Gericht: aus dem Wort "Nigger" sei nicht auf "eine gefestigte ausländerfeindliche Gesinnung" des Klägers zu schließen. Seine persönliche Eignung als Präventionshelfer werde nicht beeinträchtigt. Wohl aber hatte die Kammer „bereits erhebliche Zweifel daran, dass beim heutigen Sprachgeschehen dem Wort "Nigger" überhaupt eine bestimmte (ausländerfeindliche) Gesinnung zugeordnet werden kann, nachdem in vielen, großteils amerikanischen, Kinofilmen das Wort "Nigger" als dem täglichen Sprachgebrauch zugehörig präsentiert wird."...
Düsseldorf. Die Nazis, die vergangenen Juni vor einer Kneipe vier Menschen u.a. mit einem Messer angegriffen hatten und dabei einen Menschen beinahe ermordet hätten, wurden in vier Fällen zu Bewährungs- und Geldstrafen verurteilt, der Haupttäter, Sven Ripphahn, erhielt zweieinhalb Jahre Jugendhaft ohne Bewährung. Das Gericht erkannte auf einen „politisch motivierten Racheakt".
AG Löbau. Zwei Mitglieder der Nazi-clique aus dem Umfeld des Jugendclubs Glossen (Kittlitz, Ostsachsen) wurden wegen Beihilfe zur Volksverhetzung zu Geldstrafen und der Einbehaltung ihrer (recht teuren) Musikanlagen verurteilt. Am 2.12.2000 hatten sie ein Nazi-Konzert organisiert, bei dem von der Bühne aus „Sieg Heil" u.ä. gerufen wurde. Als die Polizei die Veranstaltung deswegen auflösen wollte, wurde sie mit Stühlen und Flaschen massiv attackiert.

Grenzüberschreitende Antira-Aktion im Dreiländereck

Rund 2.000 Menschen demonstrierten am **15.Juni** im Dreiländereck Schweiz-Frankreich-Deutschland gegen rassistische Ausgrenzung und deren Akteure. Von Basel und von Weil am Rhein aus demonstrierten sie zur Grenze, zur BGS-Zentrale und abschließend zum Abschiebeknast in Basel.

Roma-Demo gegen Abschiebung

Am **10.Juni** demonstrierten rund 1.000 Roma in Berlin gegen ihre geplante Abschiebung nach Jugoslawien. Viele von ihnen, die während der letzten Krieg fliehen mußten, weil ihre Häuser von NATO-Bomben zerstört wurden oder weil sie wie im Kosovo von albanischen

Nationalisten vertrieben wurden, leben bereits etliche Jahre in Deutschland.

Kalenda

19.6. Gera, Veranstaltung „Solidarität mit Israel" Klub der Jugend und Sportler
20.6.: Weltflüchtlingstag (9/02)
21.6. Wadern, Stadthalle: Soli-Konzert für Rückkehr der abgeschobenen Familie Özdemir
22.6.: IWG-Aufmarsch in Görlitz (#11/02)
22.6. Heidelberg Demo „Freiheit stirbt mit Sicherheit", 14.oo Kornmarkt
22.6. Neustrelitz: Antirassistisches Straßenfest
29.6.: Antifademo in Ingelheim (8/02)
29./30.6.: Signal-Pressefest in Köln. (#7/02)
4.7. Mannheim: Mobilisierungsveranstaltung für alle geplanten Grenzcamps, 2o.oo JUZ
6.7.: Naziaufmarsch in Zittau (#9/02)
6.7. Köln: „Hetzkundgebung gegen den CSD stoppen"
12.7. - 19.7. 5tes Anti-Grenz-Camp bei Jena (#5/02)
13.7.: IWG in Cottbus (#5/02)
13.7. Ludwigshafen-Oppau: Demonstration und Kundgebung zum 2. Jahrestag des Brandanschlags auf das Flüchtlingsheim, 12.oo Rathauscenter
14.7. Gera, Demo „Den nationalen Konsens brechen-antifaschistische Strukturen aufbauen!"
19.7. - 28.7.: noborder - camp bei Strasbourg (#5/02)
1.8.: IWG in Zittau (#5/02)
3.8. - 11.8.: crossover summer camp bei Berlin (#5/02)
3.8.: NPD-Pressefest in Grimma (#11/02)
16.8.: Land-in-Sicht-Tage in Hamburg (#9/02)
30.8. Ludwigshafen: Karawane für die Rechte von Flüchtlingen kommt
1.9. Erfurt: Alternative Stadtrundfahrt zum Antikriegstag mit Fahrrädern, Treff Thüringenhalle
14.9.: IWG in Berlin (#5/02)
12.10.: IWG in Stralsund (#5/02)
17.11.: Naziaufmarsch in Halbe (#6/02)

· Neue Termine ·

Demo gegen Chipkarten für Flüchtlinge

Weil Berlin und Brandenburg an Flüchtlinge Chipkarten verteilen, mit denen diese nur in wenigen, überteuerten Läden einkaufen können, soll es einen antirassistischen Aktionstag am **5.Juli** geben. Um 11 Uhr wird an die Sozialsenatorin die „Antirassistische Rote Karte" verteilt, um 16.30 Uhr beginnt vor der Humboldt-Uni (Unter den Linden) eine Demonstration, die Abschlußkundgebung ist am Heinrichplatz. Dort soll es auch ein Konzert geben. Weitere Infos unter: members.partisan.net/chipkartenini /aktionstag.html

Naziaufmarsch in Leipzig

Am **13.Juli** will Christian Worch wieder einen Aufmarsch in Leipzig durchführen. Beginn soll wieder 12 Uhr am Hauptbahnhof sein, Ziel wieder das Völkerschlachtdenkmal. Genauere Infos, auch zu den geplanten Gegenaktivitäten, folgen.

Antifademo in Gera

Am **14.Juli** gibt's in Gera eine antifaschistische Demonstration. Mehr Infos: www.puk.de/atag

Naziaufmarsch in Gotha

Unter dem Motto "Stoppt den multikulturellen Wahn ! - Volksbefragung statt Ignoranz deutscher Interessen !" wollen thüringer Nazis am **20.Juli** gegen die Einrichtung von zwei Flüchtlingsheimen aufmarschieren, Treff der Faschos ist 14 Uhr am Naturkundemuseum (Parkallee).

Heßaufmarsch

Am **17. August** soll in **Wunsiedel** (Nordbayern) wieder der nazistische Aufmarsch zu Gedenken des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß stattfinden. Heß wurde im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess zu lebenslanger Haft verurteilt und avancierte nach seinem Selbstmord am 17. August 1987 zum Märtyrer. Letztes Jahr wurde die mit dem Nazi-Gedenkmarsch einhergehende Stärkung der rechten Szene unterschätzt. Dieses Jahr rufen bundesweit Antifastrukturen gemeinsam zu entschlossenem antifaschistischen Widerstand auf.

NPD-Pressefest in Grimma

Am Pressefest der „Deutschen Stimme" (NPD-Organ) am **3.August** sollen teilnehmen: Herbert Schweiger, ein österreichisches Mitglied der SS, David Duke aus den USA, ehemaliger Ku-Klux-Klan-Führer, der Vorsitzende der extrem rassistischen British National Party, Nick Griffin, und Guido Mussolini, der Enkel des italienischen Faschistenführers Benito Mussolini und für die Splittergruppe Forza Nuova aktiv.

Verhandlung gegen Flüchtling

Am **17.6.** findet die Berufungsverhandlung von Lucas Ayaba vorm LG **Hagen** statt. Vorgeworfen wird ihm die Teilnahme an einer Demo gegen Abschiebung eines Mithäftlings, außerdem soll er Mitarbeiter der Ausländerbehörde beleidigt haben.

---

das antifa infotelefon leipzig:
info-output: [tel] 0341-3068235 - [web] www.free.de/infotelefon
info-input: [tel+fax] 0341-3068237 - [mail] infotelefon@firemail.de - [post] IT / PSF 101417 / 04014 Leipzig
GAMMA ist in Leipzig zu haben im Conne Island, im Antifa-Presse-Archiv, im Infoladen, im Buchladen Bruchsteine und in der Lichtwirtschaft.

---

links:
Infotelefon GARFIELD (Rhein-Neckar-Raum): 06272-3559. Antifa-Infotelefon Berlin: 030-275 6075 6. Termine auch unter: www.left-action.de